Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Rheinland-Pfalz

Unsere Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen zur Landtagwahl 2011

1 Verbandsklagerecht auch für Tierschutzverbände

Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine ein. Dieses Instrument hat sich im Naturschutz bewährt und kann einen Beitrag dazu leisten, unnötiges Leid von Tieren zu vermeiden.
Wir haben bereits dafür gesorgt, dass der Tierschutz in der Landesverfassung verankert wurde. Damit wird klargestellt, dass Tiere als Mitgeschöpfe geachtet werden müssen. Die Tierschutzorganisationen leisten eine hervorragende Arbeit zum Schutz der Tiere und können sinnvolle Ergänzung zu behördlichen Kontrollen sein.

2 Tierversuche auf eine Minimum reduzieren

Wir setzen uns konsequent dafür ein, Tierrechte zu stärken und Alternativen zu Tierversuchen zu entwickeln. Das Land soll weiterhin die entsprechende Forschung fördern und einen Forschungspreis vergeben, um einen Anreiz für zielführende Tierschutz-Anstrengungen zu geben, diese öffentlich zu würdigen und finanziell zu unterstützen. Auch wenn in einigen Fällen derzeit noch nicht gänzlich auf Tierversuche verzichtet werden kann, muss unnötiges Leid für die Tier vermieden werden. Tierversuche zur Erprobung von Kosmetika lehnen wir ab. In unseren Augen hat sich diese Politik bewährt. Darüber hinaus interessieren wir uns natürlich für neue Ideen, die Tierversuche vermeiden könnten.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Einrichtung von Professuren in erster Linie eine Angelegenheit der Hochschulen ist. Davon abgesehen erscheint die Einrichtung einer Professur für Tierversuchsersatzverfahren nicht per se geeignet, das damit verbundene Ziel, Tierversuche zu reduzieren, zu erreichen.
Sowohl innerhalb der Universität Mainz als auch mit der Landesregierung werden allerdings Diskussionen mit dem Ziel geführt, in allen Professuren, die Tierversuche zur Anwendung bringen, diese, wo immer möglich, zugunsten von Versuchen in Zell- oder Gewebekulturen zu reduzieren.
Grundsätzlich wird versucht, den Anteil von Versuchsmethoden außerhalb des Organismus, sogenannte in vitro-Verfahren zu vergrößern und damit die Zahl der Tierversuche zu reduzieren. Indem diese Diskussion in der ganzen Breite der Forschung erfolgt, versprechen sich Universität und Landesregierung stärkere Effekte für den Tierschutz, als wenn alle Anstrengungen auf die Etablierung einer Professur gerichtet sind.

Die neue EU-Tierschutzrichtlinie enthält einige Fortschritte, die wir aus Tierschutz-Sicht ausdrücklich begrüßen. Die rückblickende Bewertung schwerwiegender Tierversuche, die Genehmigungspflicht für Versuche in der Ausbildung, die Differenzierung zwischen verschiedenen Belastungsgrade und die insgesamt größere Transparenz werden sich unserer Einschätzung nach positiv für den Tierschutz auswirken. Daraus ergibt sich zunächst die Herausforderung für die Länder und den Bund, hierfür gemeinsame Beurteilungsmaßstäbe zu entwickeln und das Wissen über Alternativen zu Tierversuchen zu bündeln. Wir werden eine solche Abstimmung forcieren und darauf hinwirken, dass die Spielräume, die die Richtlinie den Ländern lässt, optimal ausgenutzt werden - dies könnte zum Beispiel bedeuten, die rückblickende Bewertung und Schaden-Nutzen-Analyse auch auf Versuche zu erstrecken, die bislang nicht als schwerwiegend betrachtet werden. Im Zuge dieses Prozesses wird auch deutlich werden, welche Herausforderungen auf die beteiligten Behörden zukommen und welche Voraussetzungen dafür zu gewährleisten sind.

3 Bedingungen der Nutztierhaltung verbessern

Seit 1992 wird seitens des rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministeriums der Landeswettbewerb "Tiergerechte Haltung von Pferden, Schweinen und Legehennen" ausgelobt, der besonders tier- und praxisgerechte Haltungsverfahren auszeichnet. Wir unterstützen neben den gesetzlichen Regelungen solche Initiativen, die den Tierschutz beispielgebend fördern helfen. Die Bedingungen, unter denen Tiere gehalten und transportiert werden, müssen dringend weiter verbessert werden. Dass wir zum Beispiel über den Bundesrat Zeichen setzen können, hat zum Beispiel unsere Initiative zum Verbot von Schenkelbrand bei Pferden gezeigt:

Auf Antrag des Landes Rheinland-Pfalz hat der Bundesrat im Oktober 2010 die Bundesregierung mehrheitlich aufgefordert, Brandzeichen bei Pferden zu verbieten. Diesen klaren Kurs werden wir fortsetzen.

In Rheinland-Pfalz wurden 2010 insgesamt rund 233 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (insbesondere für Betriebsprämien) bereitgestellt. Die Zahlungen dienen dem Erhalt eines ökologisch und landwirtschaftlich guten Zustandes der landwirtschaftlichen Flächen und sind an die Einhaltung von Umwelt-, Tierschutz- und Lebensmittelsicherheitsstandards gebunden.

4 Legehennen-Käfighaltung muss wieder verboten werden

Wir kämpfen weiterhin für ein Verbot der Käfighaltung. Wir brauchen keine Tierfabriken, um bezahlbare Lebensmittel zu produzieren. Tiere müssen artgerecht gehalten werden - und davon kann auch in den so genannten Kleingruppenkäfigen nicht die Rede sein. Deshalb haben wir hierzu eine Bundesratsinitiative gestartet, in der die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert wird. Wir werben zurzeit für einen Mehrheit im Bundesrat, um ein ähnlich deutliches Zeichen zu setzen, wie uns dies beim Verbot von Schenkelbrand bei Pferden gelungen ist. Voraussetzung ist jedoch, dass auch die CDU sich endlich bewegt: Schwarz-Gelb hat in der letzten Zeit leider mehrfach unter Beweis gestellt, dass Massenproduktion für sie vor Tierschutz geht. Die nur auf Profit ausgerichtete Agrarindustrie wird geschützt, wo es nur geht. Den Dioxinskandal versucht man zum kriminellen Einzelfall kleinzureden. Die bäuerliche Landwirtschaft wird allein gelassen und die Bio-Landwirtschaft sogar bekämpft. Wir hoffen, dass die CDU diesen fatalen Kurs aufgibt, die Initiative gegen Käfighaltung mitträgt und die Regierung den aktuellen Forderungen und Ankündigungen zum Thema Tierschutz endlich Taten folgen lässt.

5 Sprecherfunktion

Tierschutz hat einen großen Stellenwert für unsere Politik. Selbstverständlich wird es auch in der kommenden Legislaturperiode eine tierschutzpolitische Sprecherin oder einen tierschutzpolitischen Sprecher geben, die bzw. der sich für das Thema einsetzt. Es ist gute demokratische Sitte, Positionen erst nach einer Wahl zu besetzen.

6 Wir stecken uns ambitionierte Ziele

Wir setzen uns weiter konsequent dafür ein, die Haltungs- und Transportbedingungen von Nutztieren zu verbessern, Tierrechte zu stärken und Alternativen zu Tierversuchen zu entwickeln. Die Verbraucher sollen durch eine besondere Tierschutzkennzeichnung wissen, mit welchen Tierschutzstandards Lebensmittel produziert werden. Wir unterstützen das ehrenamtliche Engagement für den Tierschutz und bauen die Förderung von Tierschutzeinrichtungen aus. Wir lehnen die tierschutzwidrige Käfighaltung von Legehennen in sog. Kleingruppen ab, welche die Tiere in ihren natürlichen Verhaltensweisen einschränkt. Die Klage des Landes vor dem Bundesverfassungsgericht gegen diese Haltungsform war erfolgreich. Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine ein. Wir wollen ein effektives Verbot der Qualzucht, der Ferkelkastration (siehe aktuelle Kampagne des Tierschutzbundes) und eine Verbesserung des Tierschutzes bei der Haltung exotischer Arten.

Doch Gesetze allein reichen nicht aus: Egal ob in Tierheimen, in Tierschutzvereinen oder im privaten Umfeld - ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürgern wäre ein effektiver Tierschutz nicht möglich. An dieser Stelle möchten wir all jenen danken, die sich in ihrer Freizeit für das Wohl der Tiere einsetzen.

SPD Landesverband Rheinland-Pfalz
Klarastraße 15 a
55116 Mainz

Postanschrift:
SPD Landesverband Rheinland-Pfalz
Postfach 37 46
55027 Mainz

FON (06131) 27061 0
FAX (06131) 27061 27

E-Mail: LV.Rheinland-Pfalz@spd.de
INTERNET: http://www.spd-rlp.de

SEB Mainz
BLZ 55010111
Kto-Nr :1073939100